

Gedankenexperiment
einer Wahl zwischen
Paris und Washington

In dubio pro Francia / pro America?

Andreas Jacobs/Karl-Heinz Kamp

Es war zweifellos eine der größten außenpolitischen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, im Rahmen der „Doppelten Westbindung“ die europäische Einigung voranzutreiben, ohne dabei die transatlantische Partnerschaft zu beschädigen. Alle deutschen Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl vollbrachten das Kunststück, eine tiefe Freundschaft sowohl zu Washington als auch zu Paris aufzubauen und zu pflegen. Und das, obwohl sich beide Seiten häufig als Antipoden unterschiedlicher internationaler Ordnungsvorstellungen verstanden. Frankreich förderte die Integration Europas auch aus dem eigenen Führungs- und Großmachtanspruch heraus, während die USA die Einigungsbemühungen der Europäer wechselweise mit Wohlwollen oder Unbehagen betrachteten. Dabei waren sich auch jene in Washington, die Europa zu mehr Gemeinsamkeit etwa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ausdrücklich ermutigten, nur selten der logischen Konsequenzen bewusst, dass ein geeintes Europa im transatlantischen Kontext ein größeres Mitspracherecht in Washington einfordern würde.

Deutschland gelang es bisher erfolgreich, einen Fuß in beiden Lagern zu haben und diese Balance auch in Krisenzeiten durchzustehen. Die deutsch-französischen Beziehungen wurden ebenso gepflegt wie die deutsch-amerikanischen – auch dann, wenn französisch-amerikanische Streitigkeiten eskalierten und beide

Partner um deutsche Unterstützung warben. Widerstreitende Ansätze in Paris und Washington konnten oft gerade durch deutsche Mithilfe und Vermittlung miteinander versöhnt werden. Erleichtert wurden solche Vermittlungsbemühungen dadurch, dass – ungeachtet aller Differenzen und rhetorisch überhöhten Konflikte zwischen Frankreich und den USA – kein Zweifel an einer auf gemeinsamen Interessen basierenden Partnerschaft beider Länder bestand. Hinzu kam, dass Deutschland in transatlantischen Streitfragen meist deutlich oder verschlüsselt signalisierte, im Zweifel der amerikanischen Position zuzuneigen und damit französische Ambitionen, es auf ein solches Kräftegleichgewicht ankommen zu lassen, bereits im Vorfeld dämpfte.

Auch heute, im Jahr „drei“ nach der Zäsur des 11. September, gibt es zur deutschen Politik der „doppelten Partnerschaft“ sowohl mit den USA als auch mit Frankreich keine realistische Alternative. Nach wie vor ist der deutsche Spagat zwischen Paris und Washington notwendig. Ziel operativer deutscher Außenpolitik bleibt, nicht vor die Wahl zwischen Frankreich und die USA gestellt zu werden. Aber gerade deshalb muss angesichts der akuten transatlantischen Krise eine solche Möglichkeit zumindest thematisiert werden. Das gilt umso mehr, als der grundsätzliche Wille in Washington und Paris, auch über Bewertungsunterschiede hinweg eine amerikanisch-französische Partnerschaft auf-

rechtzuerhalten, nicht mehr unter allen Umständen vorausgesetzt werden kann. Was wäre also, wenn die bisherige deutsche Politik nicht mehr durchzuhalten ist? Was wäre, wenn Deutschland vor die Notwendigkeit gestellt würde, sich für die Partnerschaft mit einem seiner beiden bisherigen Partner zu entscheiden?

Dieses Szenario soll in den folgenden beiden Essays aus unterschiedlichen Positionen diskutiert werden. Bei der Suche nach Antworten auf diese zweifellos hypothetische Frage geht es nicht um die Entwicklung von Politikempfehlungen. Stattdessen handelt es sich um ein Gedankenexperiment im Einsteinschen Sinne: eine Situation, die nicht der Realität entspricht, wird gedanklich durchgespielt und zugespitzt formuliert, um ein klareres Verständnis für reale Zusammenhänge und Notwendigkeiten zu bekommen. Die nachfolgenden zwei Essays verstehen sich somit als Anstöße zu einer politischen Grundsatzdebatte, die zur Weiterentwicklung des transatlantischen Verhältnisses dringend notwendig ist.

**Andreas Jacobs:
In dubio pro Francia**

Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes gab es bei der grundsätzlichen Einordnung der transatlantischen Beziehungen kaum Diskussionen. Die USA waren der sicherheitspolitische Hegemon in Europa. Sie übten jenen bestimmenden Einfluss aus, der von den Europäern akzeptiert und gewünscht war, weil er Sicherheit gewährte. Das war die zentrale Voraussetzung für Freiheit und Wohlstand in Europa und hatte mit Herrschaft wenig zu tun. Denn Herrschaft ist im Gegensatz zu Hegemonie nicht an Akzeptanz und Gewinne geknüpft. Wie jede Form politischer Hegemonie war auch die Rolle der USA irgendwo zwischen Einfluss und

Herrschaft angesiedelt, mit einem gewissen Spielraum in beide Richtungen. Dies änderte sich schrittweise in den neunziger Jahren. Die USA sehen sich nun nicht mehr nur als sicherheitspolitischer Hegemon des Westens, sondern mehr und mehr als globale Ordnungsmacht. Akzeptanz – also das eigentliche Kriterium der Hegemonie – spielt dabei eine immer geringere Rolle. Mit dem Machtzuwachs der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sinkt deren Bereitschaft zu Konsultationen und zum Multilateralismus. Bei der Implementierung amerikanischer Politik werden die Partnerländer in Europa und anderswo immer weniger in die Definition von Zielen und Strategien einbezogen. Weil diese Partner aber von den Folgen amerikanischer Politik unmittelbar betroffen sind, wird aus ihrer Sicht der Spielraum zwischen Hegemonie und Herrschaft enger. Diese Entwicklung kann mit dem Begriff der „imperialen Tendenz“ in der US-Politik bezeichnet werden.

Diese Tendenz wurde erst allmählich offensichtlich. Die Verbindung zwischen Europa und Amerika lebte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in den Kulissen westlicher Kooperation vom Kapital an Übereinstimmung und Vertrauen, das in den Jahrzehnten zuvor aufgebaut worden war. Spätestens seit der transatlantischen Auseinandersetzung des Jahres 2003 ist aber deutlich geworden, in welchem Ausmaß dieses Kapital schwindet. Viele der transatlantischen Differenzen gehen längst an die politische Substanz: Die Rolle internationaler Institutionen und des Völkerrechtes sind nur die wichtigsten Streitpunkte. Hinzu kommt der Dissens in vielen konkreten Sachfragen: neue Technologien, soziale Verpflichtung des Eigentums, Umweltprobleme, ethische Fragen, Strafrecht.

Es liegt auf der Hand, dass der zunehmende transatlantische Dissens um politische Ziele und Werte nicht im deutschen

Interesse liegt. Fatalerweise haben Deutschland und Europa hierauf nur wenig Einfluss. Es sind vor allem die USA, die dazu tendieren, sich aus dem bewährten politischen Konsens zu verabschieden. Wenn aber zwei Gesellschaften die Schlüsselherausforderungen zu ihrer Existenzsicherung so unterschiedlich bewerten, wie dies momentan bei Europa und den USA der Fall ist – so Werner Weidenfeld –, erodiert die Partnerschaft von innen. Es kann deshalb nicht damit getan sein, angesichts politischer Differenzen mit den USA den Europäern Mangel an politischer Vernunft oder Defizit an politischer Bildung zu bescheinigen und alternative Modelle und Ideen zur Neudefinition des transatlantischen Verhältnisses mit dem Bann des Anti-Amerikanismus zu belegen.

Unterordnung und Nebenordnung

Richtet man den Blick vom transatlantischen auf das innereuropäische Verhältnis, scheinen die Präferenzen über die Prinzipien (nicht die Praxis) des gegenseitigen Umganges miteinander kaum strittig. Die spezifische Identität der Europäer ist in dem begründet, was man „antiimperialen Multilateralismus“ (Werner Link) nennen kann. Das europäische System der Neuzeit gründete Freiheit und Frieden auf Gleichgewichtspolitik und Multilateralismus. Krieg und Zerstörung in Europa waren nicht die Folge dieser Gleichgewichtspolitik, sondern das Ergebnis ihres Scheiterns. Im Gegensatz zu den USA bestimmt auf dem Alten Kontinent die Erfahrung des Scheiterns imperialer Politik das politische Denken. Man kann also darüber streiten, ob multilaterales Handeln und ausbalancierte Kräfteverhältnisse tatsächlich zu einer Welt führen, die sicherer und freier ist. Dass ein multilaterales Europa, dessen interne Kräfteverhältnisse sorgfältig austariert sind, sicherer oder freier ist, als ein unilaterales und unipolares Europa, wird nie-

mand infrage stellen. Die zurückliegende transatlantische Auseinandersetzung um den Krieg gegen den Irak war also auch ein ordnungspolitischer Konflikt: das amerikanische Modell der Unterordnung gegen das europäische Modell der Nebenordnung.

Europäisches Handeln ist nur als kollektives Handeln vorstellbar. Kaum vorstellbar ist hingegen, dass ein solches europäisches Kollektiv gegen die Interessen eines der drei gewichtigsten Staaten in der EU – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – europäische Politik gestaltet. Man mag die Rolle Deutschlands und Frankreichs als die „selbst ernannter Leitwölfe der EU“ (Paul Kennedy) kritisieren, eine Alternative aber ist nicht in Sicht. Die USA als externe Führungsmacht wären kaum im Sinne des europäischen Gedankens. Eine EU, die von Großbritannien, Spanien und Polen zu einem „atlantischen Europa“ (Christian Hacke) geführt wird, ist machtpolitisch unwahrscheinlich. Zudem ist keineswegs gesichert, dass die Koalitionen „neuer Europäer“ in der EU dem nächsten Wahlgang oder der nächsten außenpolitischen Herausforderung standhalten werden. Sicher ist hingegen, dass gegen Deutschland und Frankreich nichts geht in Europa. Der Widerstand der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten gegen das deutsch-französische „Tandem“ im Irak-Krieg zeigt eher die Defizite der deutschen und französischen Europapolitik als die grundsätzliche Ablehnung des Prinzips kollektiver Führung in Europa. Der deutsch-französische Motor kann auch in einer erweiterten EU funktionieren, wenn auf beiden Seiten des Rheines mehr Gespür für die legitimen Interessen der Mittel- und Osteuropäer aufgebracht wird. Die Süd- und Osterweiterung der EU macht eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit deshalb nicht obsolet, sie macht sie notwendiger denn je.

Das jüngste Scheitern des europäischen Verfassungsentwurfes hat die Schwierigkeiten einer einheitlichen Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses deutlich gemacht. Die Vorstellung, die EU könne sich in absehbarer Zeit zu einem einheitlichen geopolitischen Akteur entwickeln, hat sich längst als Illusion erwiesen. Deutschland und Frankreich haben dies erkannt und versuchen deshalb das Prinzip der „strukturierten Zusammenarbeit“ in das EU-Gefüge zu verankern. Neu ist diese Idee nicht. Neu ist auch nicht der Streit darüber, wie man es nennt, wenn einige Staaten in einigen Bereichen mehr Integration wollen und andere nicht: Kerneuropa, verschiedene Geschwindigkeiten, differenzierte Integration, flexible Koalitionen; die Begriffe unterscheiden sich ebenso wie die dahinter stehenden Konzepte. Im Grunde geht es aber immer um das Gleiche: um die Abkehr vom Prinzip des einheitlichen Handelns. Das mag man bedauern, aber wenn Europa mehr werden soll als eine Wirtschaftsgemeinschaft, dann wird es ohne Grüppchenbildungen nicht gehen.

Die heftige Polemik von NATO-Botschafter Burns gegen das Prinzip der „strukturierten Zusammenarbeit“ hat also ihren guten Grund. Die USA haben erkannt, dass dies die einzige Möglichkeit wäre, der EU eine eigenständige sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension zu verleihen. Wer eine solche sicherheitspolitische Eigenständigkeit ablehnt und die europäische Sicherheit im Rahmen einer US-geführten NATO am besten aufgehoben sieht, verkennt aber nicht nur die oben skizzierten Entwicklungstendenzen amerikanischer Politik, er ignoriert auch den Mehrheitswillen der Europäer. Nach einer Umfrage der EU-Kommission aus dem Frühjahr 2003 befürworten mehr als zwei Drittel der Befragten in allen Mit-

gliedstaaten eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Kooperativer Wettbewerb

Wer aber soll die Welt führen? Auch hier kann die Antwort nur heißen: ein Kollektiv. Völkerrechtlich angelegt ist das in der Konstruktion des UN-Sicherheitsrates schon lange. Die Idee von der Möglichkeit kollektiven Handelns als modisches Gerede abzutun, widerspricht aber nicht nur völkerrechtlichen Realitäten, sondern auch jahrhundertalten Erfahrungen und dem Willen des überwiegenden Teiles der Menschheit. Das Leitbild europäischer Politik gegenüber den USA sollte daher die Vorstellung eines kooperativen Wettbewerbes sein. Ein solcher kooperativer Wettbewerb – auch hierauf hat Werner Link hingewiesen – ist kein Widerspruch in sich, sondern längst Realität der transatlantischen Beziehungen. Tatsächlich ist die Welt nicht unipolar, sie ist es nur im militärisch-politischen Bereich. Im wirtschaftlichen und sogar im kulturell-gesellschaftlichen Bereich ist sie längst multipolar. Die EU betreibt wirtschaftlich schon seit längerem erfolgreich Balancepolitik. Gerade dies zeigt: Balancepolitik funktioniert und kann – sofern sie kooperativ organisiert wird – im transatlantischen Interesse liegen. Das Suggestivarargument, Gegenmacht bedeute notwendigerweise Konfrontation, wird nicht allein dadurch richtiger, dass man es ständig wiederholt. Wenn die transatlantischen Beziehungen in Zukunft von dem Bemühen bestimmt sein sollen, legitime Differenzen anzuerkennen und effektiv abzuarbeiten, wird dies nur auf dem Wege eines kooperativen Wettbewerbes funktionieren.

Amerika ist an einem Europa, das mehr weltpolitische Verantwortung übernimmt, durchaus interessiert. Die amerikanische Konzeption einer europäischen (Junior-)Partnerschaft „in leadership“ widerspricht aber zumindest ten-

denziell dem Grundgedanken des europäischen Integrationsprozesses, denn Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit kommen nicht von irgendwoher. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die „imperiale Tendenz“ der US-Politik fortsetzt. Gerade dann wird sich die Vorstellung eines kooperativen Wettbewerbes als das weitaus tragfähigere Zukunftsmodell für die transatlantischen Beziehungen erweisen. Ein solcher kooperativer Wettbewerb schließt eine funktionierende transatlantische Partnerschaft keineswegs aus. Im Gegenteil: Kooperativer Wettbewerb könnte dann der einzige Weg sein, eine solche Partnerschaft zu gewährleisten. Echte Partnerschaft setzt zumindest tendenziell gleiche Fähigkeiten und gleiche Verantwortungen voraus. Eine kooperative Gleichgewichtspolitik Europas gegenüber den USA (nicht gegen die USA!) macht also mehr außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas notwendig. Denn nur wenn das europäische Gewicht und der europäische „Output“ stimmen, wird Washington Europa für eine Rolle als Partner ernsthaft in Betracht ziehen. Aber auch soviel muss klar sein: Bei der Vorstellung eines kooperativen Wettbewerbes geht es nicht darum, dass Europa zu jedem Konflikt und zu jeder Krise alternative Lösungsstrategien entwickelt. Vieles können nur die USA. Einiges können aber auch die Europäer und manches vielleicht sogar besser.

Une liaison nécessaire

Die Irak-Krise war auch eine Krise im Prozess der europäischen Einigung. Dies wirkte für die Diskussion über den europäischen Verfassungsvertrag als Lehre und Ansporn zugleich. Die jüngsten Vorschläge zur Stärkung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hätten ohne die negativen Erfahrungen der Irak-Krise kaum einen ähnlich starken Widerhall gefunden. An diesem

Punkt sind die europäischen Verfassungsverhandlungen jedenfalls nicht gescheitert. Die im Zuge des Irak-Konfliktes zu Tage getretenen innereuropäischen Differenzen haben aber eine Ahnung davon vermittelt, wie sich eine Politik des „in dubio pro America“ negativ auf das innere Gefüge in Europa auswirken kann. Schließlich war es die Politik gegenüber den USA und nicht gegenüber Frankreich, die Europa gespalten hat. Die Alternative muss also heißen, ein handlungsfähiges Europa aufzubauen, das den USA als Kooperationspartner an die Seite treten kann. Eine enge deutsch-französische Partnerschaft ist hierfür eine „liaison nécessaire“.

Auch vor diesem Hintergrund ist Kritik am strikten deutschen Nein zum Irak-Krieg angebracht. Die Bundesregierung hat sich durch ihre prinzipielle Ablehnung nicht nur ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsoptionen gegenüber den USA entledigt, sondern auch einer gemeinsamen Linie mit Frankreich im Rahmen der UNO. Die Politik der Schröder-Regierung war somit das Gegenteil von Multilateralismus. Der „deutsche Weg“ in der Irak-Krise war genau das, was er nicht sein sollte: ein Sonderweg. Derartige Sonderwege sind fatal, weil es bei der Zusammenarbeit mit Frankreich nicht um karolingische Solidarität oder neogaullistische Großmannsucht geht. Vielmehr geht es um Europa. Selbst die „Atlantiker“ räumen ein, dass unter den Bedingungen einer fortschreitenden „imperialen Tendenz“ eine Entscheidung für die USA zugleich eine Entscheidung gegen Europa sein könnte. Dies ist auch der Grund, warum in der gegenwärtigen transatlantischen Debatte die Frage nach der Zukunft Europas immer mitschwingt. Der Streit um die Politik gegenüber dem Irak war keine vorübergehende Missstimmung im transatlantischen Verhältnis. Er war das Vorgeplänkel einer Debatte, die in ihren wahren

Ausmaßen noch ins europäische Haus steht. Bei dieser Debatte geht es um nicht weniger als um die Frage, was aus Europa einmal werden soll. Und es geht dabei um die Erkenntnis, dass mehr Europa am Ende eben doch weniger USA heißen wird. Die Herausforderung der Zukunft wird deshalb darin bestehen, dieses „weniger USA“ nicht zu einem „gegen die USA“ werden zu lassen.

Die Alternative kann aber nicht in einem Plädoyer zur Rückkehr in eine transatlantische Behaglichkeit bestehen, die es längst nicht mehr gibt. Tatsächlich werden die Konflikte mit den USA zunehmen. Diese Konflikte kooperativ auszutragen, ist eine Aufgabe, die bewältigt werden kann. Es ist nicht zuletzt gute christdemokratische Tradition, die deutsch-französischen Beziehungen auch gegen den Willen der USA voranzutreiben. Es war die Stärke der Politik Konrad Adenauers und Helmut Kohls, dass sie nicht nur Struktur und Entwicklungstendenzen des internationalen Systems ihrer Zeit zutreffend perzipierten, sondern dass sie auch bereit waren, die politischen Konsequenzen hieraus zu ziehen. Eine solche Politik erfordert Mut und Visionen. Erst hierdurch wird ihr Kraft und Orientierung verliehen – auch gegen Widerstände.

Wenn man die Alternative zu einem hegemonialen Frieden (der ein imperialer wäre) als unkontrollierbares Chaos zeichnet, fällt es nicht schwer, sich für die amerikanische Führung zu entscheiden. Wenn man aber als Alternative zu einem hegemonialen Frieden (der – wie gesagt – ein imperialer wäre) das Bild eines pluralistischen Friedens zeichnet, kann dies eine Vision für die Zukunft der deutschen Außenpolitik sein. Wie Europa in zwanzig oder fünfzig Jahren verfasst sein wird, wissen wir nicht. Aber wir wissen, dass es ein starkes Europa als gewichtiger Partner der USA in einer multipolaren Welt sein sollte.

Karl-Heinz Kamp: In dubio pro America

Mehr als zwei Jahre nach dem Schock des 11. September haben das transatlantische wie auch amerikanisch-französische Verhältnis eine erstaunliche Wandlung durchlaufen. Von der von Kanzler Schröder angekündigten „bedingungslosen Solidarität“ blieb ebenso wenig übrig wie von der Schlagzeile „Wir sind alle Amerikaner“, die einen Tag nach dem Zusammensturz der Twin Towers in der bis dahin nicht als übertrieben USA-freundlich geltenden französischen Tageszeitung *Le Monde* zu lesen war. Stattdessen wird das Jahr 2003 als das *Annus horribilis* in die Geschichte der transatlantischen Beziehungen eingehen.

Während mittlerweile auf deutsch-amerikanischer Ebene die Bemühungen um die Überwindung der Gräben unverkennbar sind, ist der Riss zwischen Washington und Paris nach wie vor nicht zu kitten. Außenminister de Villepin erklärte gegenüber einer amerikanischen Zeitung kategorisch „Let’s make no mistake about it: the choice, for sure, is between two visions of the world“. Offensichtlich ist, dass die französische Politik nach wie vor auf eine Gegenmachtbildung zu den USA ausgerichtet ist und für dieses Vorhaben offen oder versteckt um Verbündete wirbt.

Anzeichen für einen Abbau des Konfrontationskurses zwischen Washington und Paris sind nicht in Sicht. Während Frankreich kaum von seinem europäischen Führungsanspruch abrücken dürfte, werden die Vereinigten Staaten – nach wie vor geprägt vom Schock des 11. September – auch weiterhin amerikanische Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den Terrorismus entschlossen durchsetzen. Die Anwendung umstrittener Strategien durch die USA – wie etwa militärische Prävention – sowie die zu er-

wartenden Versuche Frankreichs, genau dies zu torpedieren, dürften die Gräben noch vertiefen.

Die deutsche Bundesregierung hat angesichts des französisch-amerikanischen Zerwürfnisses die klassische Vermittlerrolle verlassen und sich einseitig an der Seite Frankreichs positioniert. Dabei war sie sich der Unterstützung eines großen Teiles der öffentlichen Meinung gewiss – gerade hinsichtlich der Irak-Problematik. Allerdings lagen dieser Begeisterung für die „Achse des Guten“ zwei Irrtümer zugrunde – ein verzerrtes Amerikabild und eine Fehleinschätzung der Meinungsbilder in der Europäischen Union.

Ein amerikanisches Zerrbild

Grob vereinfacht gab es in der Vergangenheit zwei unterschiedliche Modelle einer außen- und sicherheitspolitischen Eigenständigkeit Europas gegenüber den USA. Von französischer Seite wurde seit jeher (in unterschiedlichen Nuancen) eine wirkliche Autonomie Europas als logische Konsequenz des europäischen Integrationsprozesses und als Emanzipation von den USA gefordert. Die deutsche Seite hat – ebenfalls vereinfacht dargestellt – meist das Konzept einer euro-atlantischen „Synergie“ bevorzugt. Demnach hätte eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen zweifachen Nutzen. Man wäre für die USA ein wertvollerer Partner, weil Europa eigene *Capabilities* in transatlantische Aktionen einbringen könnte. Und man wäre zur Verteidigung europäischer Interessen auch dann in der Lage, wenn sich die Vereinigten Staaten in einer bestimmten Krise nicht engagieren könnten oder wollten. Allerdings würde ein europäisches Handeln aber in Abstimmung und nicht im Konflikt mit den USA erfolgen.

Während des transatlantischen Streites um das Vorgehen gegen den Irak waren viele deutsche und französische Poli-

tiker primär von dem Emanzipationsgedanken geleitet. Mehr noch, angesichts des vermeintlich imperialen Gebarens der USA hielten sie eine europäische Gegenmachtbildung für zwingend erforderlich und für einen Akt der Notwehr gegen die amerikanische *Hyperpuissance*. „Multipolarität“ hieß das Zauberwort, mit dem man den gefährlichen amerikanischen Unilateralismus bändigen könne. Schließlich müsse auf der internationalen Agenda die „Herrschaft der Macht“ durch die „Herrschaft des Rechtes“ – am besten in Gestalt der Vereinten Nationen – ersetzt werden. Die Debatte der vergangenen Monate bot genügend Beispiele, wie diese Denkweise in einen platten Anti-Amerikanismus abdriftete.

Dass weder die Diagnose der unilateralen amerikanischen Hypermacht noch die Therapie einer beschworenen Multipolarität den Realitäten entspricht, focht die zahlreichen Vertreter dieser Positionen nicht an. Zwar verfügen die USA über eine außerordentliche Machtfülle, die sich nicht nur an der militärischen Leistungsfähigkeit bemisst. Aus der amerikanischen Position als internationale *lead nation* aber Omnipotenz oder gar „imperiale Herrschaft“ zu folgern, verzerrt die Realitäten. Imperiale Herrschaft ist immer souveräne Herrschaft und setzt die völlige Kontrolle über den Einsatz militärischer Macht über die Administration oder die Justiz voraus. Erst die Kombination der Verfügbarkeit von Machtmitteln und unbegrenztem Zugang zu ihnen erlaubt dem imperialen Herrscher die entscheidende Einflussnahme auf die Geschicke anderer Länder. Eine solche Situation ist mit Blick auf die USA heute weder gegeben, noch wird sie von den Vereinigten Staaten angestrebt. Ungeachtet ihrer Popularität ist deshalb die Metapher vom amerikanischen *Empire* mit dem Beigeschmack von Dominanz und Bevormundung schlicht „banal nonsense“ (Strobe Talbott). Nicht Kontrolle

und Herrschaft, sondern Überzeugung und Führung sind die zentralen Herausforderungen für die amerikanische Außenpolitik. Daran ändert auch eine von übersteigertem Selbst- und Sendungsbewusstsein gekennzeichnete Rhetorik neokonservativer Stimmen in den USA nur wenig.

Ebenso falsch ist das populäre Bild amerikanischer Omnipotenz. Weder erlaubt das Regierungssystem der USA mit seinen *checks and balances* eine unbegrenzte Autonomie der politisch Handelnden, noch ist eine solche Handlungsfreiheit in der pluralistischen Staatenwelt des 21. Jahrhunderts vorstellbar. Stattdessen bleiben die USA trotz ihrer Stärke nach wie vor „The Reluctant Sheriff“ (Richard Haas), der – bis auf wenige Ausnahmen – eher des zu langen Zögerns als der hyperaktiven Intervention bezichtigt werden kann. Wenn er denn interveniert, so tut er es allerdings primär aus eigenem Interesse und weniger, um in Europa ausgedachten Weltbeglückungsplänen Geltung zu verleihen.

Entgegen verbreiteter Meinung liegt die wirkliche Gefahr für die internationale Stabilität nicht in der amerikanischen Stärke, sondern in der Vielfalt und der Streuung von Gewalt weltweit. Dem ist mit dem Wunschtraum der „Multipolarität“ nicht beizukommen. Multipolarität ist kein Wert in sich, und es ist mehr als zweifelhaft, ob eine mehr oder minder gleichmäßige Verteilung politischer Macht auf mehrere Pole zu mehr Stabilität in den internationalen Beziehungen führen würde.

Pro Frankreich – pro Europa?

Für Jahrzehnte galt das Axiom, dass ein deutsch-französischer Konsens den europäischen Einigungsprozesses stets voranbringen würde. Beide Länder bildeten danach den Kern einer Avantgarde, die in ihrer Integrationsbereitschaft voranschreitet und der die übrigen EU-Mitglieder suk-

zessive folgen würden. Bereits mit dem Ende des Kalten Krieges zeigte dieses Bild erste Risse. In Zukunft wird der Grundsatz vom deutsch-französischen Schulterchluss noch weiter an Gültigkeit verlieren. Mit der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO nach Osten tritt eine Gruppe von Staaten den euro-atlantischen Institutionen bei, deren pro-amerikanische Ausrichtung außer Frage steht. Sie müssen sich deshalb nicht zwangsläufig in jeder Frage mit den USA solidarisieren, werden aber keinesfalls eine Politik unterstützen, die sie als anti-amerikanisch empfinden. Folglich mag die Übereinstimmung des deutsch-französischen Tandems auch in Zukunft ein Aktivposten für Fortschritte im europäischen Einigungsprozess sein – eine hinreichende Bedingung ist sie nicht mehr. Andere EU-Partner – gerade die Neumitglieder – werden im Einzelfall sorgfältig abwägen, ob und unter welchen Bedingungen sie einer deutsch-französischen Avantgarde folgen werden. Trotziger Weltmachtanspruch *à la française* wird gerade in Osteuropa nicht als Alternative zur transatlantischen Partnerschaft gesehen.

Wenn die Irak-Krise die Blaupause für ein von Frankreich und Deutschland „geführtes“ Europa gewesen sein sollte, so wären die Aussichten besorgniserregend. Beide Länder schlossen sich zusammen, um amerikanische Politik zu blockieren. Dabei brachen beide mit europäischen Partnern, um Achsen mit Nicht-Verbündeten wie Russland oder China zu bilden. Schaden wurde letztlich nicht dem amerikanischen Handlungsspielraum zugeführt, sondern der europäischen sicherheitspolitischen Integration, die beide Länder mit ihrer Politik vorgaben zu fördern.

Mit Amerika stark oder mit Frankreich schwach?

Die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die gewaltlose Regelung

von Konflikten, die Herrschaft der internationalen Gemeinschaft über nationale Egoismen und Alleingänge sowie die gleichmäßige Verteilung der Macht sind ehrbare Ziele – sind aber auch durch das Völkerrecht nur unvollkommen zu erreichen. So schwer es manchem fällt, das zu akzeptieren: Nicht die Rechts-, sondern die Gewaltordnung ist die wesentliche Grundlage der internationalen Beziehungen. In dieser internationalen Gewaltordnung kommt den USA angesichts ihrer Machtfülle zwar nicht die Rolle des Imperiums, wohl aber die des Hegemon zu. Amerika besitzt, wenn auch kein Weltgewaltmonopol, so doch die „Führerschaft in einem Kartell der Waffenmächtigen“ (Karl Otto Hondrich), die sie zum Handeln über das ganze Spektrum von Maßnahmen zur Krisenbändigung befähigt.

Von einer solchen Fähigkeit ist Europa noch meilenweit entfernt. Mehr noch – ungeachtet ambitionöser Rhetorik sind viele Mitglieder der Europäischen Union noch nicht einmal willens, die nötigen Mittel für die Schaffung einer gemeinsamen sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit aufzubringen. Und selbst wenn die EU ihren verteidigungspolitischen Absichtserklärungen Taten folgen ließe, so wäre sie dennoch bestenfalls zur Bewältigung von Krisen im unteren Intensitätsspektrum in der Lage. Die Einsicht, dass Europa gerade angesichts des veränderten Risikospektrums seine Sicherheit auf absehbare Zeit nur mit den USA wahren kann, ist kein Relikt des Kalten Krieges, sondern Fakt.

Sich gegen die USA und für französische Großmachtfantasien zu entscheiden, stünde den deutschen Sicherheitsinteressen fundamental entgegen. Diese benötigen die Anbindung an den politischen Akteur, der Sicherheit gewährleisten kann, der Koalitionen zu schmieden vermag und der – falls erforderlich – in der Lage ist, den politischen Status quo zu verträglichen Kosten zu verändern. Dabei

geht es nicht allein um militärische Macht zur Abwehr von Gefahren. Mindestens ebenso entscheidend ist politische Gestaltungsmacht, wie sie die USA im Nahen Osten, auf dem Balkan oder in anderen zentralen Weltregionen ausüben.

Für die USA, um für Europa zu sein

Die Schaffung eines geeinten Europas ist ein Kernelement deutscher Außenpolitik. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union ergibt sich nicht allein aus der Logik der europäischen Integration. Sie ist auch deshalb erforderlich, um gegenüber den Vereinigten Staaten partnerschaftsfähig zu bleiben und um den Sicherheitsgefährdungen, denen Europa allein nicht gewachsen ist, im euro-atlantischen Verbund entgegenzutreten zu können. Damit bleibt ein stabiles und freundschaftliches deutsch-amerikanisches Verhältnis als weiteres Kernelement unabdingbar.

Würde sich Deutschland demonstrativ für Frankreich entscheiden, wären beide Elemente deutscher Außenpolitik nicht mehr erfolgreich zu realisieren. Ein sicherheitspolitisch geeintes und verteidigungspolitisch handlungsfähiges Europa wäre unmöglich, weil große Teile der Europäischen Union einer gegen Amerika gerichteten deutsch-französischen Achse (womöglich angereichert durch Russland und China) nicht folgen würden. Ein freundschaftliches Verhältnis zu den USA, das Synergien nutzt und auf eine euro-atlantische Handlungsfähigkeit zielt, wäre ebenfalls unmöglich, weil Frankreich seine Politik gegenüber den USA weiterhin konfrontativ oder zumindest emanzipatorisch gestalten würde. Allerdings würde Washington durch eine europäische Verweigerungspolitik gegenüber den USA nicht daran gehindert, die Schritte zu unternehmen, die es für erforderlich hält. Den Schaden hätten die internationalen Sicherheitsinteressen Eu-

ropas, die nur zusammen mit den USA gewahrt werden können.

Im Gegensatz dazu würde eine Anlehnung Deutschlands an die USA beide Pfeiler deutscher Außenpolitik stabilisieren. Die Option der ESVP (im Sinne der Ergänzung und nicht der Abgrenzung zu den USA) bliebe gewahrt, weil die überwältigende Mehrheit in der EU diesem Kurs folgen würde. Frankreich allein (vielleicht unterstützt von Belgien und Luxemburg) würde sich – dem Pragmatismus der Vergangenheit folgend – kaum einem solchen Konsens widersetzen.

Selbstredend blieben die Verbindungen zu den USA gewahrt. Damit könnte ein Projekt fortgesetzt werden, das seit Jahren schrittweise vorangetrieben wurde und nach dem Kosovokrieg im Jahr 1999 einen neuen Schub bekommen hatte: die Schaffung einer euro-atlantischen Sicherheitsstruktur. Die Anschläge des 11. September haben den Rahmen des Projektes noch um die Notwendigkeit eines neuen transatlantischen Konsenses erweitert. Mit dem unmissverständlichen Schwenk Russlands an die Seite der USA und dem Entstehen einer internationalen

Anti-Terror-Koalition war der Kalte Krieg endgültig zu Ende gegangen. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus bietet eine neue gemeinsame strategische Perspektive auf beiden Seiten des Atlantiks und erfordert kooperatives Handeln. Erste Erfolge auf dem Weg zu einem neuen *transatlantic bargain* hat es bereits gegeben. Die Krise im Irak hatte diesen Prozess zwar unterbrochen, nicht aber beendet.

Allerdings sollte ein neuer transatlantischer Konsens nicht mit Kritiklosigkeit gegenüber den USA verwechselt werden. Gerade die Anwendung umstrittener Maßnahmen durch die USA – wie etwa die vorbeugende „präventive“ Anwendung militärischer Macht – und die damit verbundenen Konsequenzen erfordern einen breiten transatlantischen Dialog. Nur ein „in dubio pro America“ schafft die Grundlage für einen solchen strategischen Dialog und ist damit unabdingbar für die deutsche und europäische Sicherheit. Es ist darüber hinaus von zentraler Bedeutung für das Gelingen eines Projektes, dem jede Bundesregierung auf das Engste verpflichtet war: die weitere Vertiefung der europäischen Integration.

Amerikanischer Leviathan?

„Darin liegt die Tragödie. Um den globalen Bedrohungen der Welt begegnen zu können, benötigen die Amerikaner die Legitimität, die Europa ihnen verschaffen könnte. Aber es ist wahrscheinlich, dass die Europäer ihnen hier nicht behilflich sein werden. In ihrem Bestreben, die Supermacht einzuhegen, werden sie die wachsenden Gefahren dieser Welt aus den Augen verlieren. In ihrer Nervosität angesichts von Unipolarität werden sie womöglich die Gefahren der Multipolarität vergessen, in der Europa im globalen Wettbewerb von nichtliberalen und undemokratischen Mächten übertrumpft werden könnte.“

Derzeit spekulieren viele Europäer, dass die Risiken der ‚Achse des Bösen‘, des Terrorismus und der Tyrannei niemals so groß sein werden wie das Risiko, das von einem ungezügelt amerikanischen Leviathan ausginge. Diese Einschätzung mag in der Natur des postmodernen Europa liegen. Doch vielleicht ist es an der Zeit, dass die klügsten Köpfe Europas, einschließlich jener in der Heimat Pascals, sich zu fragen beginnen, welche Konsequenzen es hätte, sollte ihre Wette nicht aufgehen.“

Robert Kagan am 12. Februar 2004 in *Die Zeit*.